

## **Buschkowsky: Neukölln ist überall**

(Buschkowsky, H.: Neukölln ist überall, Berlin 2012)

Forderungen an das Staatsvolk, Einwanderer und den Staat (Kapitel „Das kleine Finale“, S. 379f.):

1. Akzeptieren, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, es aus wirtschaftlichen Gründen bleiben muss und im Wettbewerb um qualifizierte Einwanderer steht.
2. Einwanderung steuern: Qualifizierte locken, potenzielle Transferleistungsempfänger abweisen.
3. Integration als Bedingung des Erhalts der Gesellschaft erkennen; die Alternative wäre der Zerfall in Einzel-Gesellschaften.
4. Bildung und Bildungsbereitschaft sind Voraussetzungen für Integration, müssen deshalb von Einwanderern verlangt werden.
5. Wohlstand darf nicht über Transferleistungen und soll über eigene Bildungsleistungen erreicht werden.
6. Der Staat muss gleiche Chancen zur Bildung schaffen, das Bildungssystem sich daher stärker auf bildungsferne Kinder und Jugendliche einstellen. Instrumente dazu sind verpflichtende Kindergärten und verpflichtende Ganztagschulen.
7. „Geburtenförderung“ durch staatliche Subventionen muss schichtenneutral erfolgen, die aktuelle Fokussierung auf Unterschichten aufgegeben werden.
8. Kinder und Jugendliche müssen durch geeignete staatliche Infrastruktur frühzeitig gefördert werden, nicht erst im Einzelfall „repariert“ und alimentiert.
9. Grundrechte, Toleranz und Humanismus sind nicht verhandelbare Grundlagen unseres staatlichen Gefüges; Ideologen und Ideologien, die dieses in Frage stellen, müssen bekämpft werden.
10. Gesetzestreue muss auch von Einwanderern eingefordert werden. Einwanderer, die dagegen verstoßen, müssen ausgewiesen werden.

Forderungen zu Handlungsfeldern und staatlichen Maßnahmen (Kapitel „Was zu tun ist“):

Handlungsfeld „Bildung“

- Kinderkrippen ab dem 13. Lebensmonat (S. 339f.), verpflichtend, aber nicht unbedingt ganztags (S. 343f.) und kostenfrei für jedes Kind (ebd.);
- Kindergarten ab 3 Jahren, verpflichtend für mindestens 2 Jahre (S. 341), kostenfrei für jedes Kind (S. 344);

- verpflichtende Ganztagschulen mit Mensa und Freizeiteinrichtungen (S. 345ff.), Finanzspielräume und -kompetenzen, Personal- und disziplinarische Kompetenzen der Schulleitungen (S. 350), Bonussystem für Lehrende in Brennpunktschulen, sowohl finanziell als auch laufbahnrelevant (ebd.), eventuell zeitweilige Unterrichtspflicht in Brennpunktschulen für Referendare (ebd.), eventuell Begrenzung bzw. Durchmischung der Klassen mit Schülern aus vernachlässigten bzw. bürgerlichen Stadtteilen, dagegen stehen allerdings erhöhte Kosten und Ausweichreaktionen bürgerlicher Eltern (S. 351), eventuell Schuluniformen zur Verhinderung der gewollten Abgrenzung über teure Kleidung oder Kopftücher und zur Schaffung einer gemeinsamen Schulidentität (S. 352).

#### Handlungsfeld „Ausbildung/Arbeit“

- erleichterte Ausbildungswege durch kürzere Lehrzeiten und geringere Anforderungen, insoweit Sonderausbildungen (S. 356);
- regelmäßige Ausbildungsbörsen mit verpflichtender Teilnahme (ebd.);
- Stadtteil-Filialen der Bundesagentur für Arbeit und spezialisierte U25-Jobcenter (S. 356f.);
- spezifische Wirtschaftsförderung für Brennpunkte (357f.).

#### Handlungsfeld „Sanktionen“

- Kindergeldentzug bei Nicht-Besuch von Krippe, Kindergarten oder Schule sowie bei Haft (S. 358ff. und S. 364f.).

#### Handlungsfeld „Staatsbürgerrecht“

- keine doppelte Staatsbürgerschaft, kein Wahlrecht für Ausländer (S. 335).

#### Handlungsfeld „Kooperation staatlicher Institutionen“

- abgestimmtes Handeln auf Stadtteilebene von Polizei, Sozialarbeit, Schule, Arbeitsagentur und Jobcenter (S. 366).